

Kuntze, Oscar-Erich

**Article**

## Schweden: Export und Wirtschaftspolitik ziehen den Aufschwung

ifo Schnelldienst

**Provided in Cooperation with:**

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Kuntze, Oscar-Erich (2002) : Schweden: Export und Wirtschaftspolitik ziehen den Aufschwung, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 55, Iss. 10, pp. 37-44

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/163782>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Schweden: Export und Wirtschaftspolitik ziehen den Aufschwung

**Kräftige Abschwächung des Wirtschaftswachstums 2001. Konjunkturelle Erholung 2002 bei steigender Bauproduktion. Festigung des Aufschwungs 2003. Geldpolitik zieht die Zügel an, während die nach wie vor konsolidierungsorientierte Finanzpolitik heuer leicht expansiv wirkt. Referendum über Einführung des Euro wahrscheinlich im Frühjahr 2003. Spürbarer, zuletzt verlangsamter Preisanstieg. Verschlechterte Lage auf dem Arbeitsmarkt. Weiterhin erhebliche Überschüsse der Leistungsbilanz.**

Das soziale und politische Umfeld wurde 2001 von der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft und dem weiterhin heiklen Balanceakt der Minderheitsregierung Persson dominiert. Diese hat zuletzt jedoch sehr an Popularität gewonnen, so dass sie den Reichstagswahlen im September 2002 gelassen entgegensehen kann. Hohe Wogen schlug dieses Frühjahr der Skandal um die Gewährung überhöhter Pensionszahlungen an Spitzenmanager.

Im ersten Halbjahr 2001 hatte Schweden erstmals die **EU-Ratspräsidentschaft** inne. Die Premiere wurde zwar mit Anstand absolviert, aber dem hohen von der finnischen Präsidentschaft im zweiten Semester 1999 gesetzten Maßstab konnte nicht annähernd entsprochen werden. Damit reflektierte sie die integrationspolitische Befindlichkeit der Bevölkerung, die den europäischen Zusammenschluss weitestgehend als eine Art Freihandelszone bilateral verbundener Staaten mit möglichst wenig zentraler Macht verstanden wissen will; die Regierung spricht sich denn auch zunächst weiter gegen eine EU-Verfassung aus. Auch musste die Minderheitsregierung Persson auf die beiden sie parlamentarisch stützenden EU-feindlichen Parteien Rücksicht nehmen. Sie suchte folglich die Schwerpunkte dort zu setzen, wo sie sich einer breiten Zustimmung in der Bevölkerung sicher sein konnte: Bei der Umwelt- und Beschäftigungspolitik sowie bei der EU-Osterweiterung (hier wurde ein deutlicher Akzent gesetzt): Letztere beschäftigte die EU jedoch ohnehin in hohem Maße, und auf den beiden anderen Gebieten wurde wenig erreicht.

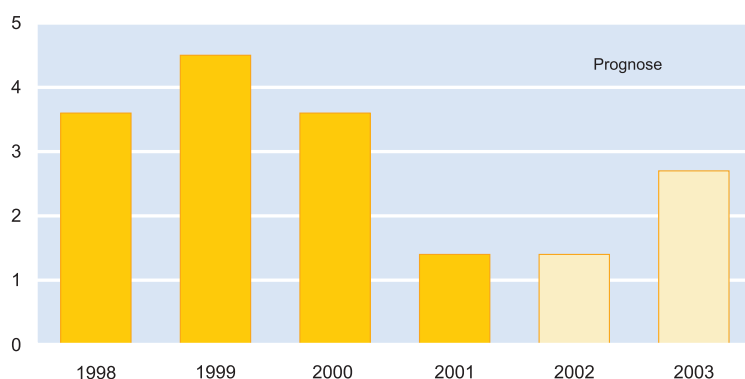
Mitbedingt durch die Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001 und die Neutralitätspolitische Debatte in Finn-

land beginnt sich Schweden auch sicherheitspolitisch von seiner Sonderrolle zu lösen. So wurde auf dem Parteitag der Sozialdemokraten im November 2001 beschlossen, die seit 189 Jahren bestehende und bis vor kurzem tabuisierte Neutralität in ihrem Statut durch »militärische Allianzfreiheit« zu ersetzen. Damit wird dem Faktum Rechnung getragen, dass sich das Land durch EU-Mitgliedschaft und NATO-»Partnerschaft für den Frieden« bereits ansatzweise in das westliche Verteidigungssystem integriert hat. Ein NATO-Beitritt stößt bei der Bevölkerung jedoch weiter überwiegend auf Ablehnung.

Die laufende Legislaturperiode wird von einer **Gratwanderung des sozialdemokratischen Minderheitskabinetts Persson** geprägt. Dieses musste stets äußerste Rücksicht auf die EU-feindliche linke Vänster Partei sowie auf die ebenfalls für einen EU-Austritt kämpfenden Grünen (Miljöpartiet) nehmen, weil es von deren parlamentarischen Unterstützung abhing. Der Balanceakt wurde mit großem taktischen Geschick gemeistert, wobei die Re-

## Reales Bruttoinlandsprodukt

Veränderungsrate in %



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

gierung mit dem Budget 2002 die Möglichkeit eines zumindest kleinen Schritts zurück zum »Volkshem« andeutete und damit den vielen Schweden entgegen kam, die dessen kräftige Erosion während der neunziger Jahre nicht verkraftet hatten. Bei Wählerumfragen erzielten die Sozialdemokraten zuletzt derart gute Werte, dass sie den **Reichstagswahlen im September 2002** gelassen entgegen sehen können. Folgt man diesen Befragungen, dann würden sie mehr Stimmen erhalten als die bürgerlichen Parteien zusammen.

Enthüllungen über die jedes vertretbare Maß überschreitenden, wiewohl legalen Pensionszahlungen, die sich zwei frühere, einst hoch gelobte **ABB-Spitzenmanager** ohne Kontrollen zugeschanzt hatten, schlugen in diesem Frühjahr – wie auch in der Schweiz – außerordentlich hohe Wogen bei Bevölkerung und Presse. Der Premierminister sprach von einer »Plünderung« von Unternehmen. Es wurde nicht nur dem Ansehen des Unternehmertums, sondern auch dem Gedanken der Globalisierung großer Schaden zugefügt, der ohnehin eine bedenkliche Machtverschiebung von den politischen zu den wirtschaftlichen Akteuren, und damit eine Aushöhlung der Demokratie, zugeschrieben wird.

**Wirtschaftspolitisch** ist heuer eine expansive und 2003 eine leicht restriktive Linie absehbar. Die Stärkung der Wachstumskräfte bei fortgesetzter finanzpolitischer Konsolidierung, verstärkte Einbindung in die Integration Europas sowie erhöhte Anstrengungen zur Wahrung der sozialen Konvergenz und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dürften über das Jahr 2002 hinaus die bestimmenden Maxime sein.

### Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2001

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich wie folgt dar: In den **Vereinigten Staaten** erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,2%. In **Japan** gingen Nachfrage und Produktion um 0,5% zurück. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 2,6%. In **Westeuropa** nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7% zu; in der EU stieg es ebenso stark, während es im Euro-Raum um 1,5% und in Deutschland um 0,6% ausgeweitet wurde. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern fast 25 US-Dollar pro Barrel; das sind ungefähr 12% weniger als im Jahr zuvor. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Jahre 2000 auf Dollarbasis um rund 7%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 0,90 US-Dollar; 2000 waren es 0,92 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2000 annähernd stagniert.

Auch **Schweden** wurde trotz stimulierender Wirtschaftspolitik – die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte kam gleichwohl weiter voran – vom weltweiten Konjunkturabschwung erfasst. Besonders stark wurden die Exporte tan-

giert, und hier in erster Linie die anteilmäßig sehr bedeutende Lieferungen von IT-Produkten (was die gesamtwirtschaftliche Verletzbarkeit unterstreicht, die mit der Dominanz eines Wirtschaftszweiges verbunden ist), obwohl die Krone gegenüber dem US-Dollar und dem Euro kräftig abgewertet hat. Aber auch bei den inländischen Nachfrageaggregaten ließ die Dynamik nach. Allerdings hatte sich die gesamtwirtschaftliche Expansion bereits im zweiten Halbjahr 2000 verlangsamt. Diese Tendenz setzte sich 2001 bis zur unsanften Landung der Konjunktur im Herbst verstärkt fort; die erwartete konjunkturelle Wende wurde durch die Terroranschläge in den USA vom September zunächst verhindert. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** nahm nur noch um 1,4% zu, nach 3,6% im Jahr zuvor. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wurde erst ab dem Spätsommer etwas ungünstiger und blieb insgesamt nicht nur gegenüber dem Jahr 2000, sondern auch im Vergleich zum Gros der westeuropäischen Länder günstig. Die Verbraucherpreise haben sich nach kräftigem Anstieg in der ersten Jahreshälfte nur noch langsam erhöht. Das Aktivum der Leistungsbilanz ging zwar spürbar zurück, blieb aber beträchtlich.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen ist um 1,4% gesunken – nach einem Plus von 9,8% im Jahr zuvor – obwohl sich die Krone im Jahresdurchschnitt auf exportgewichteter Basis um 9,5% abgewertet hat, was einen starken Anstieg des Dienstleistungsexports (hauptsächlich im Tourismus) bewirkte. Stark retardierend wirkten jedoch die weltwirtschaftliche Flaute im Allgemeinen und der Wachstumsrückgang in den USA (deren Anteil am Warenexport lag mit reichlich 10% spürbar über dem westeuropäischen Mittel) im Besonderen. Hinzu addierte sich der internationale Nachfrageeinbruch im IT-Sektor, zumal die schwedischen Auslandslieferungen auf diesem Gebiet in den vorangegangenen Jahren das Exportwachstum besonders stark mitgetragen hatten. Aber auch so wichtige Ausfuhrüter wie Automobile und Medizintechnik verzeichneten kräftige Absatzeinbußen; einige andere Industriezweige wiesen hingegen beachtliche Zuwachsraten auf. Und schließlich stiegen die Lohnstückkosten kräftiger als im westeuropäischen Durchschnitt und in Japan. Die **Einfuhr** ist mit 3,9% sogar noch ausgeprägter zurückgegangen als die Ausfuhr. Ursachen waren die Konjunkturschwäche im Inland, die starke Importverteuerung und der umfangreiche Lagerabbau. Bei deutlich verschlechterten Terms of Trade hat sich das Aktivum der **Leistungsbilanz** in Relation zum BIP von 3,3% im Jahre 2000 auf 2,8% verringert.

Mit einer Expansionsrate von 0,2% hat der **private Konsum** gegenüber dem Jahr 2000 annähernd stagniert. Dieses Ergebnis erstaunt angesichts der dank kräftiger Lohn erhöhungen (u.a. weil die Wage-drift erheblich war), gesteigerter Transferzahlungen und Einkommensteuersenkungen um 3% gestiegenen realen verfügbaren Einkommen. Aber die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage, die

Baisse auf den Aktienmärkten (im westeuropäischen Vergleich hatten sich die Schweden im zurückliegenden Jahrzehnt weit überdurchschnittlich direkt oder indirekt bei Aktien engagiert) sowie die abwertungsbedingt erheblich verteuerte Einfuhr wirkten ausgesprochen dämpfend auf das Konsumklima und stimulierend auf die Spartätigkeit. Bei Auslandsreisen und bei Personautos wurden drastische Einbrüche registriert. Der Absatz langlebiger Güter verringerte sich um 0,4%, und die Inanspruchnahme von Finanzdienstleistungen wurde drastisch eingeschränkt. Der **Staatsverbrauch** wurde – ebenfalls spürbar langsamer als im Jahr zuvor – um 1,4% ausgeweitet. Während die Ausgaben des Zentralstaates gegenüber 2000 stagnierten, gaben die Gebietskörperschaften um 1,9% mehr aus.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** expandierten bei kaum noch gesteigener gesamtwirtschaftlicher Arbeitsproduktivität um 1,5%, was einer annähernden Stagnation im Jahresverlauf entspricht. Dabei hat in der verarbeitenden Industrie die allerdings schon zuvor nur verhaltene Investitionslust vergleichsweise wenig nachgelassen. Ausschlaggebend war vielmehr das veränderte Investitionsverhalten des Dienstleistungssektors, nachdem dieser im Jahre 2000 erstmals in der neueren schwedischen Wirtschaftsgeschichte der Motor des Konjunkturaufschwungs gewesen war. Retardierend wirkten vor allem die sinkende Auslastung der Kapazitäten (in der verarbeitenden Industrie ist sie seit dem vierten Quartal 2000 innert Jahresfrist von 88,5 auf 82,9% zurückgegangen), der schrumpfende Export sowie die sich erheblich verschlechternden Absatz- und Gewinnerwartungen. Betroffen waren sowohl Ausrüstungs- als auch gewerbliche Bauinvestitionen. Der Wohnungsbau expandierte um 8,3%. Besonders stark wurde der Geschosswohnungsbau ausgeweitet, da die gezielt angesetzte staatliche Wohnbauförderung zu greifen begann. Restaurierung, Umbau und Ausbau haben hingegen gegenüber 2000 stagniert. Der Ein- und Zweifamilienhausbau ist um 13,4% gesunken.

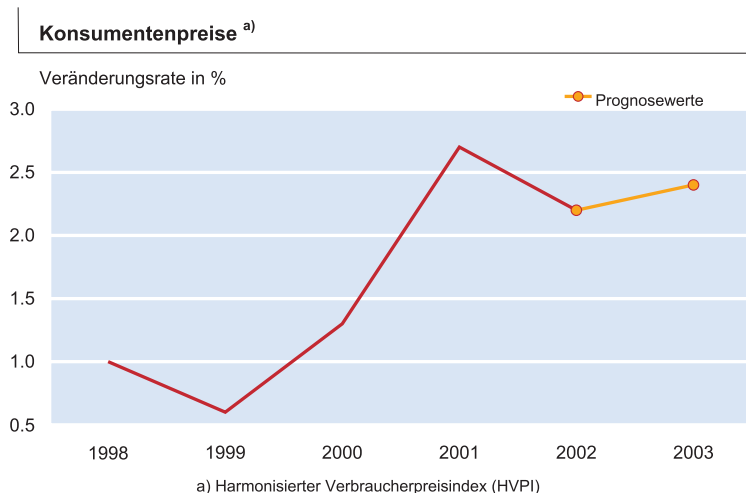
Die **Konsumentenpreise** (HVPI) haben sich um 2,7% und damit etwas stärker als im westeuropäischen Durchschnitt erhöht. Im Verlauf folgte auf eine kräftige Teuerung im ersten Halbjahr – ausgelöst durch die starke Verteuerung von Mineralölprodukten und Nahrungsmitteln, den abwertungsbedingten Importpreisanstieg sowie den kräftigen Lohnauftrieb (angestoßen durch Gehaltsaufbesserungen im öffentlichen Dienst um 4,5%) – ein nur noch schwacher Anstieg, zumal der Ölpreis kräftig fiel.

Die Lage auf dem **Arbeitsmarkt** blieb insgesamt günstig; die Beschäftigung stieg um 1,9%. Gegen Ende 2001 verschlechterte sie sich indes – Nachläufer der konjunkturellen Abschwächung – spürbar. Am stärksten zeigte sich dies an der sinkenden Zahl von Überstunden und offenen Stellen. Aber auch Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenquote (5,1% im Jahresdurchschnitt) nahmen ab der Jahresmitte allmählich zu, nachdem sie zuvor weiter zurückgegangen waren. Vor allem im IT-Sektor kam es zu umfänglichen Freisetzungen von Arbeitskräften.

### Wirtschaftspolitik

Von der Wirtschaftspolitik wird die Konjunktur im laufenden Jahr weit weniger kräftige Anstöße erhalten als 2001. Zwar wirkt die Finanzpolitik nicht mehr restriktiv, sondern deutlich expansiv, aber die Notenbank hat bereits mit einer Straffung der monetären Zügel begonnen, und die vorjährige Abwertung der Krone dürfte von einer Aufwertung abgelöst werden. 2003 – nach der Reichstagswahl – wird die Finanzpolitik kaum noch stimulierend wirken, und die Geldpolitik bremst ebenso wie der steigende Wechselkurs der Krone gegenüber dem US-Dollar. Insgesamt wirkt die Wirtschaftspolitik leicht dämpfend auf die Konjunktur.

Die **Geldpolitik** zielt hier, im Gegensatz zu den anderen westeuropäischen Ländern, in erster Linie auf die Bekämpfung des Preisanstiegs ab und das bereits ab Mitte 2001. Seit Anfang 2001 hatte sich die Teuerung erheblich beschleunigt. Das 1995 von der Reichsbank gesetzte Inflationsziel – die weitgehend dem Verbraucherpreisanstieg entsprechende Kernrate der Inflation soll mittelfristig innerhalb einer Bandbreite von 2% ± 1 Prozentpunkt gehalten werden – wurde überschritten. Ursache war neben kräftigen Lohnerhöhungen, Energieverteuerung, BSE- und MKS-Krise, vor allem die seit dem Sommer 2000 zu beobachtende deutliche Abwertung der Krone gegenüber US-Dollar und Euro. Für die exportorientierten Unternehmen war das zwar ein zunehmend willkommener Stimulus, aber die rasch steigenden Importpreise wirkten



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

immer mehr auf die heimische Preisentwicklung durch. Die Zentralbank versuchte zunächst mit Interventionen auf den Devisenmärkten die zunehmende Unterbewertung der Krone zu korrigieren. Im Juni 2001 setzte sie hierfür rund 12 Mrd. SKR (1,3 Mrd. Euro) ein; nachdem allein in den ersten vier Monaten 2001 rund 100 Mrd. SKR abgeflossen waren. Da ein nachhaltiger Erfolg ausblieb, erhöhte sie den Leitzins (Repo-Satz) Anfang Juli um 25 Punkte auf 4,25%. Im Schulterschluss mit den Notenbanken der anderen westlichen Industrieländer reduzierte sie ihn im September um 50 Punkte, was im Lichte der sich abzeichnenden Konjunkturschwäche geboten schien. Die Interventionen waren schon vorher eingestellt worden. Als die Kerninflation im Februar 2002 3,3% erreichte, gewann stabilitätspolitische Verantwortung die Oberhand gegenüber konjunkturpolitischen Erwägungen, zumal die Weltwirtschaft vor einem neuen Aufschwung zu stehen schien: Im März 2002 wurde der Schlüsselzins auch in Erwartung eines langsameren Preisaufrichts um 25 Punkte auf 4% angehoben, obwohl der Wechselkurs der Krone seit Anfang dieses Jahres aufwärts tendiert. Und es ist im Zuge der sich festigenden konjunkturellen Erholung mit einer weiteren Straffung der monetären Zügel vor allem im Jahr 2003 zu rechnen, obwohl die verbesserten Aussichten zur Einführung des Euro auch in Schweden für Aufwertungspotential sorgen. Die Aufwertung der Krone soll gestützt und der Lohnauftrieb gedämpft werden. Für die lang anhaltende vorherige Abwertung werden als Gründe genannt: die seit Anfang 2001 erweiterten Möglichkeiten für Pensionsfonds und die Altersversorgung von Privatanlegern in ausländische Aktien zu investieren; die ausgeprägten Kursverluste schwedischer Aktien nach vorangegangener Hausse; der kleine Währungsraum sowie die hohe Exportabhängigkeit der schwedischen Industrie. Bemerkenswert ist jedoch, dass sich die lang anhaltende Abwertung vor dem Hintergrund überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums, erheblicher Überschüsse in Leistungsbilanz und Staatshaushalt, relativ niedriger Arbeitslosigkeit und einer sehr leistungsfähigen Exportwirtschaft vollzog – bei fundamentalen Fakten also, die von den Märkten in der Regel als Begründung für die Aufwertung einer Währung angeführt werden.

Die **Finanzpolitik** ist, wohl auch mit Blick auf die Parlamentswahlen im Herbst und gestützt durch die gute Verfassung der öffentlichen Finanzen, für 2002 deutlich expansiv konzipiert worden, ohne dass man um die nützliche antizyklische Wirkung wissen konnte. Der kürzlich vorgelegte Nachtragshaushalt hat jedoch nicht nachgedoppelt, obwohl die Prognose für das Wirtschaftswachstum deutlich gesenkt wurde. Das Budget 2002 wird durch Steuerentlastungen und Mehrausgaben heuer um etwa 45 Mrd. SKR belastet: Die Einkommensteuer wurde geringfügig gesenkt, die Immobiliensteuer von 1,2 auf 1% gesenkt und der Freibetrag auf 1,5 Mill. SKR herabgesetzt. Höhere Zuweisungen gehen an die Kommunen sowie an das teilweise mangelhafte Ge-

sundheitswesen. Auch Ausbildung (die Zustände an den Schulen sind vielfach verbesserungsbedürftig) und Forschung werden zusätzlich bedacht. Auch wurden Mittel für die Verbilligung der Kindergartenplätze bereitgestellt sowie für Alterspensionen und Krankentagegelder. Wesentlich konjunkturbedingt dürfte der Haushaltsüberschuss 2002 auf knapp 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% des BIP sinken, nach 4,8% 2001; die Staatsverschuldung geht in Relation zum BIP nur noch wenig auf reichlich 50% zurück. Eine ähnliche Höhe ist für die Steuerlastquote zu erwarten, nachdem diese 2001 infolge der außerordentlich hohen Kapitalgewinne und Immobilienpreissteigerungen des Jahres 2000 auf 54% gestiegen war. Im Jahre 2003 dürfte der Konsolidierungskurs wieder aufgenommen und die Finanzpolitik im Zuge der verbesserten Konjunktur annähernd neutral ausgerichtet werden. Die öffentlichen Haushalte verzeichnen wieder steigende Finanzierungsüberschüsse, und die Staatsverschuldung nimmt (in Relation zum BIP) schneller ab.

Die reibungslose Einführung des Euro-Bargelds im Euro-Raum Anfang 2002 sowie die kräftige Abwertung der Krone in den Jahren 2000 und 2001 haben heftige Bewegung in die Frage des **Beitritts zum Euro-Raum** gebracht. Seit vorigem Herbst übersteigt – Meinungsumfragen zufolge – die Zahl der Befürworter jene der Gegner derart, dass die Regierung das hierzu nötige Referendum schon bald nach den Parlamentswahlen anberaumen dürfte. Sollte dieses positiv ausfallen, könnte der Anschluss an den Wechselkursmechanismus entsprechend einem schwedischen Zeitplan am 1. Januar 2005 und die Einführung des Euro auch in Schweden als offizielles Zahlungsmittel Anfang 2006 erfolgen. Während die bürgerlichen Parteien (und natürlich das Gros der Wirtschaft) die Euro-Einführung ganz überwiegend bejahen – Grüne und Linkspartei lehnen diese strikt ab – wird Ministerpräsident Persson seine Überzeugungsarbeit auf seine Sozialdemokratische Partei und die dieser sehr nahestehende mächtige Gewerkschaftsorganisation LO konzentrieren müssen. Denn hier herrscht immer noch erhebliche Skepsis. Diese könnte jedoch abgebaut werden durch die Einführung von »Pufferfonds« nach dem 1997 in Finnland zwischen den Sozialpartnern vereinbarten Vorbild. Denn wenn die Kompetenz für Geld- und Währungspolitik an die EZB übergehen und der Finanzpolitik Grenzen gesetzt werden, soll der Regierung im Falle externer Schocks wenigstens ein schnell einsetzbares und auf schwedische Verhältnisse abgestimmtes Instrument zu Gebote stehen. Die Integration in den Euro-Raum setzt sich inzwischen fort: Die meisten Großunternehmen (vor allem Konsumgüterproduzenten) und viele mittelgroße Firmen fakturieren im Geschäft mit dem Euro-Raum in Euro. Die großen Handelsketten akzeptieren Euros ebenso wie die Läden an der schwedisch-finnischen Grenze. Am Ende könnte es mit der Euro-Einführung so gehen wie mit dem Beitritt Schwedens zur EU: Nachdem man lange opponiert und diskutiert hatte, geht dann alles überraschend schnell.



Die **Lohnpolitik** droht angesichts der hohen Teuerungsraten aus dem Ruder zu laufen. Einige Gewerkschaftsverbände haben Nachschläge auf die in den laufenden dreijährigen Lohntarifverträgen 2001/2003 vereinbarten Lohnanhebungen angedroht mit der Begründung, die Zentralbank habe ihr Inflationsziel verfehlt. Allerdings dürften sich derartige Aufbesserungen in der gegenwärtigen Konjunktursituation schwer durchsetzen lassen. Die Aussichten, dass es bei den Drohungen bleibt, sind umso besser, als die Stundenlöhne heuer ohnehin um fast 4% und damit stärker als in bei den meisten anderen westeuropäischen Ländern steigen dürften. Von Unternehmerseite wird bereits vor der hierdurch drohenden Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gewarnt.

**Energiepolitisch** wurde ein weiterer Schritt zum Ausstieg aus der Kernenergie getan. Mit Unterstützung von Linkspartei und Zentrumspartei haben die Sozialdemokraten ein Konzept durchs Parlament gebracht, das die Einführung »grüner Zertifikate« vorsieht. Stromerzeuger erhalten pro Megawattstunde erneuerbarer Energie (die großen Wasserkraftanlagen vor allem im Norden des Landes zählen nicht dazu) ein Zertifikat, welches sie auf dem Markt verkaufen können. Die hierdurch aufgebracht Gelder sollen die Erzeugung umweltfreundlicher Energie stimulieren. Alle Bezieher von elektrischem Strom müssen pro Megawattstunde ein Zertifikat kaufen. Bereits 2003 sollen 7% des Stroms aus regenerierbaren Energiequellen kommen. Dann ist die Abschaltung des zweiten Blocks im süd-schwedischen Kernkraftwerk Barsebäck vorgesehen. Doch wird es noch 30 bis 40 Jahre dauern, bis der Ausstieg aus der Kernenergie vollständig vollzogen ist. In Finnland hingegen schickt man sich an, ein fünftes Atomkraftwerk zu errichten.

## Wirtschaftsentwicklung 2002

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden unterstellt: In den **Vereinigten Staaten** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um etwa 2 $\frac{1}{2}$ %. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung geht in **Japan** um annähernd 2% zurück. In **Mittel-europa** nehmen Nachfrage und Produktion um etwa 2 $\frac{1}{2}$ % zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um ungefähr 1 $\frac{1}{2}$ % ausgeweitet; für die EU und den Euro-Raum sind ähnliche Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland knapp 1% beträgt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 25 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) sinken gegenüber 2001 um ungefähr 1%. Der **Wechselkurs des Euro** bewegt sich im Jahresdurchschnitt innerhalb einer Bandbreite von 0,90 bis 1 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert in einer Größenordnung von 2 $\frac{3}{4}$ %.

In **Schweden** erholt sich die Konjunktur zunehmend, stimuliert von expansiver Wirtschaftspolitik und weltwirtschaftli-

chem Aufschwung. Hierauf lassen auch die seit dem Spätherbst 2001 aufwärts weisenden Resultate von Unternehmens- und Verbraucherbefragungen schließen: Das Geschäftsklima in der Bauindustrie und im verarbeitenden Gewerbe hat sich bis April 2002 stetig und deutlich verbessert; gleiches gilt für das Konsumklima. Im Verlauf – nicht im Vorjahresvergleich – werden die Ausfuhren am dynamischsten zunehmen, obwohl die weltweite Schwäche im IT-Sektor erst allmählich überwunden wird und die Krone allmählich aufwertet. Auf den Export entfallen etwa die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts. Auch der private Konsum gewinnt trotz weiterhin gedrückter Aktienkurse und steigender Zinsen an Fahrt, vor allem weil die realen verfügbaren Einkommen stark steigen. Eher zögerlich, aber typischerweise zeitverzögert für einen normalen Konjunkturaufschwung, wird die Investitionsschwäche überwunden. Allmählich weist auch der Lagerzyklus wieder aufwärts. Bei sehr geringem Überhang zu Jahresbeginn dürfte das **reale Bruttoinlandsprodukt**, im Verlauf tendenziell beschleunigt, um fast 1 $\frac{1}{2}$ % expandieren. Die Entwicklung würde etwas günstiger verlaufen, wenn nicht Löhne und Preise stärker als im westeuropäischen Durchschnitt steigen würden. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt, ebenfalls ein Nachläufer der Konjunktur, bessert sich erst im späteren Verlauf des Jahres. Der Preisauftrieb wird sich bei neuerlich spürbar erhöhten Lohnstückkosten nur langsam nachlassen. Die Leistungsbilanz dürfte im Verhältnis zum BIP ein gegenüber 2001 niedrigeren Überschuss ausweisen.

Der entscheidende Impuls für das Wirtschaftswachstum kommt von der gewichtigsten Nachfragekomponente, der **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen. Die Zunahme dürfte bei fast 1 $\frac{1}{2}$ % liegen. Eine günstigere Entwicklung wird vor allem durch die nur allmähliche Erholung der weltweiten Nachfrage nach Telekommunikationsausrüstungen und Automobilen, aber auch durch den kräftigen, über dem Durchschnitt der westeuropäischen Handelspartner liegenden Lohnanstieg und die Aufwertung der Krone erschwert. Letztere bleibt allerdings noch unterbewertet und somit günstig für die Exportwirtschaft, doch gehen vom Wechselkurs im Gegensatz zu 2001 keine Impulse mehr aus, zumal die Aufwertung nicht nur gegenüber dem US-Dollar, sondern auch gegenüber dem Euro und der dänischen Krone erfolgt. Indirekt dämpfen auch die von den USA verhängten Zölle auf Stahl die Exporterholung. Am lebhaftesten wird der Absatz in Nordamerika (Anteil am Warenexport etwa 12%) sowie in den asiatischen Schwellenländern (Anteil am Warenexport rund 6%) ausgeweitet, wo die Wirtschaft überdurchschnittlich stark wächst. Aber auch die Lieferungen nach Mittel- und Osteuropa (Exportanteil ungefähr 5%) und Westeuropa (Ausfuhranteil ca. 63%), wo die Konjunktur ebenfalls Fahrt aufnimmt, erhöhen sich wieder schneller. Der **Import** expandiert mit knapp 2% etwas stärker als die Ausfuhr. Bei leicht verbesserten Terms of Trade dürfte das Aktivum der **Leistungsbilanz** mit rund 2 $\frac{1}{2}$ % des BIP etwas geringer sein als 2001.

## Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2000	2001 EU <sup>c)</sup>	KI <sup>b)</sup>	2001 <sup>a)</sup> EU <sup>c)</sup>	OECD <sup>d)</sup>	KI <sup>b)</sup>	2002 <sup>a)</sup> EU <sup>c)</sup>	OECD <sup>d)</sup>	KI <sup>b)</sup>	2003 <sup>a)</sup> EU <sup>c)</sup>	OECD <sup>d)</sup>
Bruttoinlandsprodukt	3,6	1,2	1,3	1,7	1,6	2,7	2,8	2,1	2,7	2,8	3,2
Inlandsnachfrage	3,5	0,2	1,5	1,3	1,7	2,9	2,4	1,6	2,9	2,4	2,3
Privater Verbrauch	4,5	0,2	2,2	1,7	2,9	3,0	2,6	2,5	3,0	2,6	2,7
Staatsverbrauch	-0,9	1,4	0,8	0,7	1,6	0,3	0,5	1,3	0,3	0,5	0,9
Bruttoanlageinvestitionen	5,0	1,5	1,8	1,6	-2,0	4,6	4,6	-0,4	4,6	4,6	3,1
Exporte <sup>e)</sup>	10,3	-1,4	1,2	1,6	1,2	7,8	6,9	2,5	7,8	6,9	9,2
Importe <sup>e)</sup>	11,5	-3,9	1,7	0,5	1,0	9,3	6,7	1,4	9,3	6,7	8,0
Industrieproduktion (ohne Bau)	8,4	-1,7	0,6	n.a.	n.a.	3,9	n.a.	n.a.	3,9	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	1,3	2,7	2,1	2,2	3,0	2,1	2,2	2,6	2,1	2,2	2,8
Arbeitslosenquote	5,9	5,1	4,3	5,4	4,5	4,1	5,2	4,2	4,1	5,2	4,0
Leistungsbilanz (Saldo) <sup>f)</sup>	3,6	3,3	2,8	3,2	1,8	2,5	3,1	3,9	2,5	3,1	4,7
Finanzierungssaldo des Staates <sup>g)</sup>	3,7	4,8	1,4	1,7	1,6	1,6	1,9	2,1	1,6	1,9	2,4

<sup>a)</sup> Schätzungen. – <sup>b)</sup> Konjunkturinstitutet, Stockholm, vom März 2002. – <sup>c)</sup> Kommission der EU, Brüssel, vom April 2002. – <sup>d)</sup> Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom April 2002. – <sup>e)</sup> Güter und Dienstleistungen. – <sup>f)</sup> In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Die **Bruttoanlageinvestitionen** finden aus ihrer Schwächephase nur allmählich heraus. Die Expansionsrate dürfte bei knapp 2% liegen. Belastend wirkt in erster Linie die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen. Hier signalisieren Investitionsumfragen zunächst noch große Zurückhaltung. Der Rückgang läuft erst im weiteren Verlauf des Jahres aus, wenn die Absatz- und Ertragserwartungen günstiger geworden sind und die Auslastung der Kapazitäten wieder aufwärts tendiert. Im IT-Bereich dürfte die Flaute bis gegen Jahresende anhalten. Ganz überwiegend wird in Rationalisierung und die Erneuerung der Anlagen investiert, auch um den Lohnkostendruck aufzufangen. Demgegenüber lassen Budgetansätze und Umfragen auf eine rege Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand – konzentriert auf Infrastrukturbauten – schließen. Wiederum sehr dynamisch nimmt trotz allmählich steigender Hypothekenzinsen der Wohnungsbau, und hier erneut hauptsächlich der Geschosswohnungsbau infolge staatlicher Förderung, zu. Der gewerbliche Bau erholt sich hingegen insgesamt sehr schleppend. Allerdings wird in den Ausbau des UTMS-Mobilfunksystems sehr lebhaft investiert.

Der **private Konsum** (etwa + 2<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%) überwindet die vorjährige Flaute rasch und stützt die Konjunktur überdurchschnittlich, obwohl die Aktienkurse gedrückt bleiben, die Zinsen allmählich weiter steigen und eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt erst im Herbst zu erwarten ist. Doch kräftige Reallohnsteigerungen (obwohl die Wage-drift spürbar geringer sein wird als 2001), expansive Finanzpolitik und das sich weiter verbessernde Konsumklima wirken deutlich stimulierend. Die realen verfügbaren Einkommen dürften um rund 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% steigen. Kategorien wie Ferienreisen, die im vorigen Jahr besonders unter der Konsumschwäche gelitten hatten – weniger aber Automobile –, werden

besonders von der besseren Konsumkonjunktur profitieren. Die Nachfrage nach Wohnungseinrichtungen bleibt hingegen infolge des Wohnbaubooms weiterhin lebhaft. Der **Staatsverbrauch** erhöht sich um rund 1% und damit schwächer als 2001. Während die Konsumausgaben des Zentralstaats erneut stagnieren, erhöhen die Gebietskörperschaften ihren Verbrauch etwas langsamer. Dies, obwohl die finanzielle Situation vor allem der größeren Gemeinden recht gut ist.

Auf dem **Arbeitsmarkt** verschlechtert sich die Lage zunächst noch. Die seit 2001 laufende Entlassungswelle, vor allem bei IT-orientierten Unternehmen, ist noch nicht zu Ende. Es wird kräftig rationalisiert, doch bleiben Fachkräfte vielfach immer noch knapp. Der Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie wird jedoch wiederum teilweise kompensiert durch vermehrte Einstellungen der öffentlichen Hand, die sogar oft genug – so etwa im Gesundheitswesen, in der Altenpflege, in Kindertagesstätten oder in den Schulen – nicht genügend qualifiziertes Personal finden kann. Heuer wird allerdings, anders als im Vorjahr, der Dienstleistungssektor insgesamt den Stellenabbau in der Industrie nicht ausgleichen können. Die Beschäftigung wird gegenüber 2001 etwas zurückgehen. Die Arbeitslosenquote nimmt im Jahresdurchschnitt leicht auf 5<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% zu.

Der Preisauftrieb lässt nur allmählich nach, obwohl der Wechselkurs der Krone langsam steigt und der konjunkturelle Aufschwung erst in der Anfangsphase steckt. Aber die Löhne und Gehälter werden vermutlich mit fast 4% nicht nennenswert schwächer als 2001 angehoben (auch weil Fachkräfte vielfach knapp sind), und der Ölpreis bleibt relativ hoch. Die **Konsumentenpreise** dürften sich im Jahresdurchschnitt um 2<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% erhöhen.

### Wirtschaftsentwicklung 2003

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um etwa 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. In **Westeuropa**, in der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um gut 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%; in Deutschland beträgt die Zunahme ca. 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresmittel bei 26 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 8% mehr als 2002. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,95 bis 1,05 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 7% ausgeweitet werden.

Auch in **Schweden** sind von der Wirtschaftspolitik nicht nur keine Anstöße, sondern leicht dämpfende Wirkungen auf die Konjunktur zu erwarten. Das Wirtschaftswachstum wird selbsttragend, wobei die Lagerbildung nennenswert stützt. Sehr stark expandiert die Ausfuhr, getragen vom gefestigten weltwirtschaftlichen Aufschwung. Auch die Bruttoanlageinvestitionen entfalten eine große Dynamik, da nun infolge des günstigeren Investitionsklimas die Ausrüstungsinvestitionen erheblich an Schwung gewinnen und den Bau als Investitionsmotor ablösen. Der private Konsum wächst ebenfalls rascher als 2001, auch weil sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt zügig bessert, während der öffentliche Verbrauch kaum noch expandiert. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** erhöht sich um rund 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% zu. Diese Rate impliziert im Verlauf etwa ab der Jahresmitte eine leichte Verlangsamung des Aufschwungs, da vor allem die Wirtschaftspolitik zunehmend dämpft. Eine derartige Entwicklung ist auch geboten, um Überhitzungserscheinungen besonders bei Löhnen, Preisen und auf dem Arbeitsmarkt vorzubeugen, die in Schweden erfahrungsgemäß schnell auftreten, wenn die Produktion sehr lebhaft steigt. Der Preisauftrieb beschleunigt sich wieder. Infolge des Importbooms geht das Aktivum der Leistungsbilanz im Verhältnis zum BIP erneut etwas zurück.

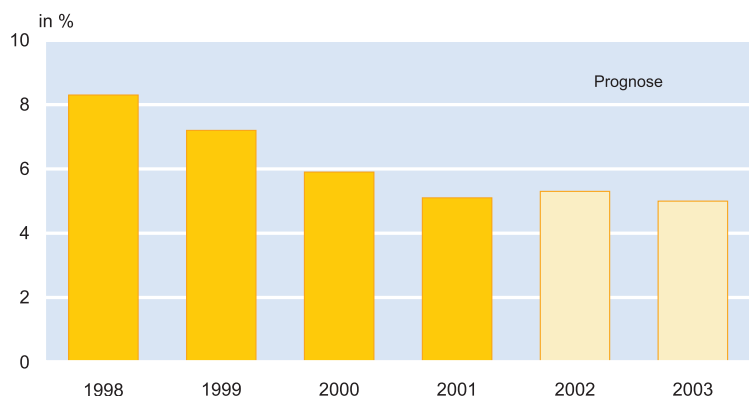
Die **Ausfuhr** expandiert um etwa 8%; allerdings überzeichnet der zu Jahresbeginn bestehende hohe Überhang etwas die Dynamik. Einem günstigeren Resultat stehen der im westeuropäischen Vergleich überdurchschnittliche Anstieg der Lohnstückkosten sowie der nun nicht mehr günstige Wechselkurs der Krone entgegen. Vom Aufschwung der Nachfrage nach IT-Erzeugnissen, deren Gewicht bei Industrieproduktion und Ausfuhr in Schweden im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Ländern besonders

hoch ist, kommen kräftige Impulse. Entscheidend ist jedoch die in allen wichtigen Weltregionen deutlich aufwärts gerichtete Konjunktur, die auch den Absatz von Automobilen – ebenfalls eine sehr wichtige Exportkategorie – erheblich stimuliert. Hierbei fällt vor allem die günstige konjunkturelle Entwicklung Westeuropas, wo fast zwei Drittel der Ausfuhr abgesetzt werden, ins Gewicht. Aber auch die Lieferungen nach Nordamerika, in die asiatischen Schwellenländer und nach Mitteleuropa (vor allem in den baltischen Ländern hat Schweden seit ihrer Unabhängigkeit stark investiert, was den gegenseitigen Handel fördert) erhöhen sich lebhaft. Da die **Einfuhr** merklich stärker als der Export ausgeweitet wird, verringert sich das Aktivum der **Leistungsbilanz** trotz verbesserter Terms of Trade in Relation zum BIP leicht.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** expandieren um rund 4<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%. Dynamischster Träger der Entwicklung sind nun die Ausrüstungsinvestitionen. Erfahrungsgemäß reagieren schwedische Unternehmen mit ihren Investitionen sehr energisch, wenn der Export kräftig in Schwung kommt, die Absatz- und Ertragsaussichten günstiger werden, die Gewinne steigen und die Auslastung der Kapazitäten zunimmt. All das ist 2003 zu erwarten, so dass in allen Bereichen, auch in der Papier- und Zellstoffindustrie lebhaft investiert wird. Ein wichtiges Motiv bleibt allerdings die Steigerung der Arbeitsproduktivität, um die starken Lohnerhöhungen wenigstens teilweise aufzufangen. Von dieser Entwicklung wird auch der gewerbliche Bau erheblich angeregt, während der öffentliche Bau leicht und der Wohnungsbau deutlich verlangsamt expandieren; bei letzteren bleibt die zusätzliche öffentliche Förderung zwar bestehen, sie wirkt jedoch nicht mehr wie in den beiden Vorjahren als zusätzlicher Impuls. Die Entwicklung des Jahres 2001 wiederholt sich bei den Baukategorien also spiegelverkehrt.

Der **private Konsum** expandiert um reichlich 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%. Die Reallöhne erhöhen sich etwa im Rhythmus des Vorjahres

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.



(zumal die Wage-drift bei wachsender Knappheit an qualifiziertem Personal zunimmt), die Beschäftigung steigt, und die allgemeine Wirtschaftslage wirkt stimulierend. Aber der starke fiskalische Impuls von 2001 fällt weg. Die Sparquote sinkt zwar wieder, wenn auch angesichts der gestiegenen Zinsen nicht nennenswert. Mit rund 7% bleibt sie für schwedische Verhältnisse hoch. Dauerhafte Konsumgüter werden, wie immer in vergleichbaren Konjunkturphasen, lebhaft gekauft. Dabei liegen allerdings Automobile und andere Produkte vorn, die 2001 und 2002 weniger stark nachgefragt wurden. Auch wird für Auslandsreisen wesentlich mehr Geld ausgegeben. Andererseits expandiert der Absatz von Möbeln und anderen Haushaltsgegenständen im Zuge des abflauenden Wohnbaubooms nicht mehr so schnell wie bisher. Der **Staatsverbrauch** wird im Zuge der wieder spürbar konsolidierungsorientierten Finanzpolitik nur wenig ausgeweitet.

Auf dem **Arbeitsmarkt** wird die Situation deutlich günstiger, obwohl der öffentliche Dienst mit Einstellungen zurückhaltender verfährt und ABM-Maßnahmen weiter spürbar eingeschränkt werden. Die Beschäftigung nimmt wieder zu, wenn auch nur leicht. Sie könnte stärker steigen, wenn das Angebot an Fachkräften größer wäre. Die Kurzarbeit sinkt, und der Mangel an qualifizierten Kräften erhöht sich. Die Arbeitslosenquote geht auf ungefähr 5% im Schnitt des Jahres zurück. Damit bleibt sie wesentlich niedriger als im westeuropäischen Mittel.

Die Preisentwicklung, eine klassische Achillesferse schwedischer Konjunkturaufschwünge, beschleunigt sich im Verlauf, obwohl die Arbeitsproduktivität konjunkturbedingt steigt und die Aufwertung der Krone den Anstieg der Importpreise teilweise ausgleicht. Das kräftige und nun wieder über dem Potentialpfad liegende Wirtschaftswachstum führt allmählich zu Spannungen, die sich auch auf die Preisentwicklung auswirken. Im Schnitt des Jahres dürften die **Konsumentenpreise** um knapp 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% über dem Niveau des Jahres 2002 liegen.

*Abgeschlossen am 10. Mai 2002*